

Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen
Zusammenhalt

Ihr Ansprechpartner
Andreas Friedrich

Durchwahl
Telefon +49 351 564 55050
Telefax +49 351 564 55060

presse@sms.sachsen.de*

23.01.2020

Afrikanische Schweinepest: Sachsen errichtet Wildschweinbarriere im gesamten Grenzverlauf zu Polen

Ministerin Köpping: »Wir nutzen jede Möglichkeit, um das Risiko zu verringern«

Der Freistaat Sachsen errichtet im gesamten Grenzverlauf zu Polen eine Wildschweinbarriere zum Schutz vor der Afrikanischen Schweinepest. Die vom Kabinett gebilligte Entscheidung wird gemeinsam mit dem Landkreis Görlitz zeitnah umgesetzt. Darüber informierten heute Gesundheitsministerin Petra Köpping und der Landrat des Landkreises Görlitz, Bernd Lange. Von Norden beginnend werden über die gesamten rund 128 Kilometer Länge der sächsischen Grenze zu Polen elektrobetriebene mit abschreckenden Duftkomponenten versehene Wildschweinabwehrnetze errichtet. Der Freistaat schafft diese Barriere an und kommt für die Kosten von rund 250.000 Euro auf. Damit wird der Verlauf der derzeit im Norden Sachsens bei Bad Muskau begonnenen Barriere nach Süden bis Zittau fortgesetzt. Die rechtlichen Voraussetzungen dafür wurden geschaffen. Das Aufstellen der Elektronetze wird von Mitarbeitern der Straßenmeisterei, der Landestalsperrenverwaltung und des Technischen Hilfswerks übernommen.

Staatsministerin Petra Köpping begründet: »Wir wollen keine Möglichkeit ungenutzt lassen, das Risiko zu verringern, dass die Afrikanische Schweinepest nach Sachsen kommt. Deshalb haben wir uns zur Errichtung der Wildschweinbarriere entschlossen und übernehmen dafür die Kosten. Ich danke allen, die sich kurzfristig an der Errichtung des Elektronetzes beteiligen. Und ich danke allen Grundstückseigentümern, dass sie aufgrund der drohenden Schweinepestgefahr die für die Errichtung der Barriere auf ihren Grundstücken nötigen Arbeiten gestatten.« Die Ministerin erläutert: »Die Wildschweinbarrieren wirkt im Zusammenspiel mit weiteren Vorsorgemaßnahmen, damit sich diese gefährliche Tierseuche möglichst nicht in Sachsen ausbreitet. Wir wollen damit auch potenziell bedrohte Landwirtschaftsbetriebe vor einem wirtschaftlichen Schaden bewahren.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales und
Gesellschaftlichen
Zusammenhalt
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den
Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte
elektronische Dokumente. Zugang
für qualifiziert elektronisch signierte
Dokumente nur unter den auf
www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html
vermerkten Voraussetzungen.

Und wir flankieren damit die Vorsorgemaßnahmen in Brandenburg und Polen.«

Landrat Bernd Lange erklärt: »Ich bin dankbar, dass wir mit vereinten Kräften daran arbeiten, einen möglichen Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in unserem Landkreis zu verhindern. Aus persönlichen Gesprächen weiß ich, dass die Sorgen und Ängste der Menschen vor Ort groß sind. Daher ist es wichtig, dass nun weitere Schritte folgen, ein Erfolg ist für uns die Zustimmung der Bundes- und Landesbehörden zur Aufstellung weiterer Wildschweinbarrieren an der Bundesautobahn 4.«

Die Errichtung der Wildbarriere ist eine von mehreren und seit Jahren angewandten Präventionsmaßnahmen. Das Sozialministerium steht seit 2014 in der Kommunikation mit allen potenziell Beteiligten, wie Landwirten, Jägern, Landes- und Bundesbehörden, nationalem Referenzlaboratorium, Bauernverband in Kontakt und sensibilisiert und informiert über Maßnahmen zum vorbeugenden Schutz. Es wurden Handreichungen zur Seuchenvorsorge, Merkblätter, Fachveröffentlichungen, Fortbildungsveranstaltungen organisiert und verteilt. Die Landwirte wurden für die Verbesserung der Biosicherheitsmaßnahmen in ihren Betrieben sensibilisiert, informiert und geschult. Zudem konnten den letzten drei Jagdjahren die Abschusszahlen für Schwarzwild um etwa 30 Prozent erhöht werden. Das führt zu einem verminderten Infektionsdruck auf die Population. Die Untersuchungskosten für die Trichinenuntersuchungen werden seit zwei Jahren vom Freistaat übernommen. Die Maßnahme wurde aktuell für zwei Jahre verlängert. Jegliches Unfallwild und alle Totfunde werden seit Jahren in der Landesuntersuchungsanstalt auf ASP untersucht. In den letzten Jahren konnten die Untersuchungszahlen deutlich gesteigert werden. Freistaat testet regelmäßig seine Krisenstrukturen, letztmalig im Dezember 2019 in einer bundesweit zur Kenntnis genommenen und geschätzten Übung über vier Tage. Es erfolgt zudem eine enge Kooperation mit den polnischen Behörden. Dazu wurde eine deutsch-polnische Taskforce eingerichtet. Vereinbart wurde hier insbesondere eine Abstimmung zu geplanten Jagden und zur Bejagung durch Fallen- oder Einzeljagd, ohne übermäßige Beunruhigung des Wildes. Vor etwa einer Woche überzeugten sich mit dem EUVET-Team der Europäischen Kommission Veterinärexperten, die die Ausbrüche in Tschechien, Belgien und Polen begleiten haben, vom Stand der Präventionsmaßnahmen in Sachsen.